





Das reformierte Erneuerbare-Energien-Gesetz



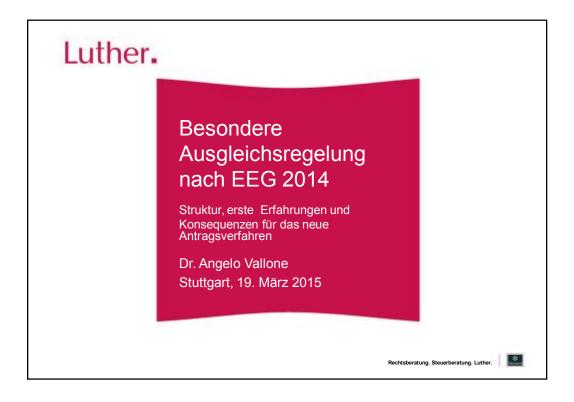


Stuttgart, 19. März 2015



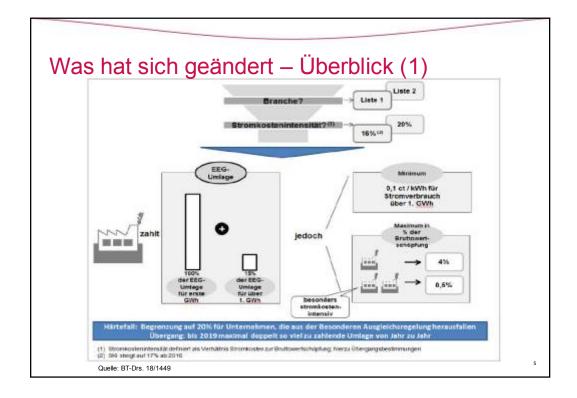
Inhaltsverzeichnis

		Seite	
I.	Die Besondere Ausgleichsregelung nach EEG 2014: Struktur, Erfahrungen und Konsequenzen für das neue Antragsverfahren	2	
II.	Die Begrenzung der EEG-Umlage: Erfahrungen mit dem ersten Antragsverfahren nach EEG 2014 und Lehren für die Zukunft	10	
III.	Eine Erfahrung reicher – (Neue) Anforderungen an die Wirtschaftsprüferbescheinigung	26	
IV.	Die praktische Umsetzung des novellierten EEG: Die Sicht der Industrie	41	
V.	EEG-Umlage und Eigenstromprivileg: Belastungsvermeidung und Gestaltungsoptionen	50	
VI.	Das EU-Beihilfeverfahren zum EEG: Lehren und Konsequenzen	67	



Inhalt

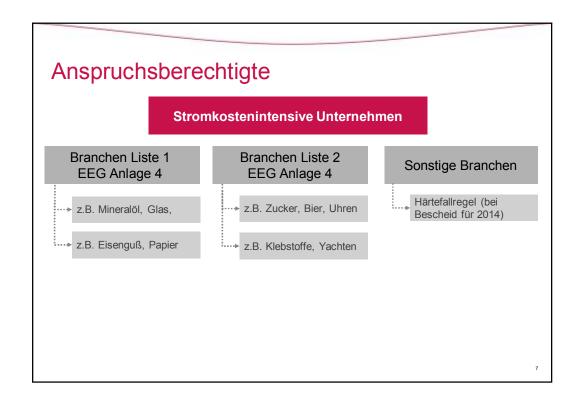
- Was hat sich geändert Überblick
- Anspruchsberechtigte und Nachweis
- Voraussetzungen der Begrenzung der EEG-Umlage
- Rechtsfolge
- Selbständige Unternehmensteile
- Wechsel von Eigenstromversorgung zur Besondern Ausgleichsregelung

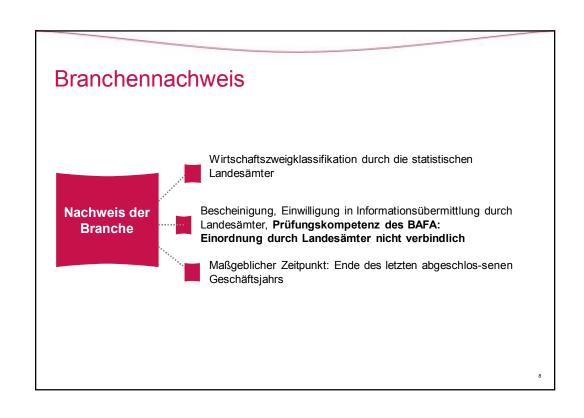


Was hat sich geändert – Überblick (2)

- Beschränkung des Kreises der Begünstigten: Ab 2015 nur bestimmte Branchen nach Anlage 4
- Erhöhte Voraussetzungen für den Begrenzungsanspruch mit weiteren Verschärfungen ab 2016, breite Nachweisbasis
- Entlastung tendenziell geringer, grds. höhere Mindestumlage
- Änderungen bei den Anforderungen an selbständige Unternehmensteile
- Härtefallregeln für Unternehmen mit bestandskräftigem Bescheid für 2014 (Übergangsregelung)







Begrenzungsvoraussetzungen

Mehr als <u>1 GWh Selbstverbrauch</u> von umlagepflichtigem Strom an einer <u>Abnahmestelle nach Anlage 4 (letztes abgeschlossenes Geschäftsjahr)</u>

Mindest-Stromkostenintensität

Liste 1-Branchen:

16 % für Begrenzung in 2015 17 % für Begrenzung ab 2016

Liste 2-Branchen:

20 %

Energiemanagementsystem

Ab 5 GWh Stromverbrauch: ISO 50 001 oder EMAS

< 5 GWh Stromverbrauch: auch alternatives System nach Spitzenausgleich-EffizienzsystemVO</p>

<u>Für Begrenzung in 2015:</u> Nicht erforderlich bei Unternehmen mit Strom-verbrauch < 10 GWh, wenn fristgerechte Nachweiserbringung unmöglich

Fristgerechte Antragsstellung (ab Antragsjahr 2015 elektronisch)

Für 2015: bis 30. September 2014 Danach: jeweils bis zum 30. Juni

9

Ermittlung der Stromkostenintensität

Verhältnis der Stromkosten zur Bruttowertschöpfung des Unternehmens

im Mittel der drei letzten abgeschlossenen Geschäftsjahre unter Berücksichtigung standardisierter Stromverbräuche/-preise nach Maßgabe einer RVO

Neu: Bruttowertschöpfung <u>ohne</u> Leiharbeit/Scheinwerkverträge Begrenzungsjahre 2015/2016: Berücksichtigung tatsächlicher Stromkosten des Unternehmens

Begrenzungsjahr 2015:

Zugrundelegung der Bruttowertschöpfung des letzten abgeschlossenen Geschäftsjahres möglich

Begrenzungsjahr 2016:

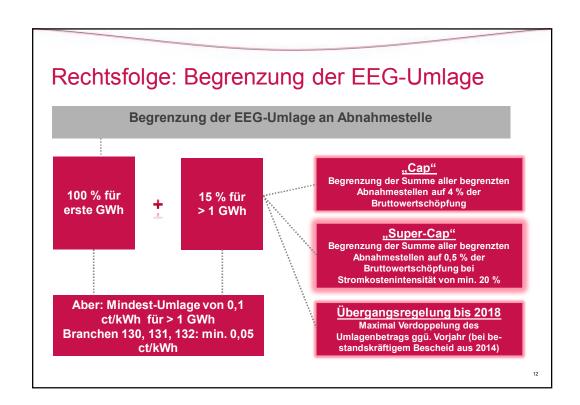
Zugrundelegung der Bruttowertschöpfung der letzten beiden abgeschlossenen Geschäftsjahres möglich

Tatsächliche Stromkosten: Optimierung



- Tatsächliche Stromkosten sind sämtliche für den Strombezug des Unternehmens entrichtete Kosten:
 - Stromlieferkosten (Commodity)
 - der Netzentgelte,
 - eventueller Systemdienstleistungskosten
 - Stromsteuern.
 - Stromsteuer- und Netzentgelterstattungen sowie Umsatzsteuer sind abzuziehen.
 ABER
- ABER: Keine Pflicht zur Inanspruchnahme eines individuellen Netzentgelts (§ 19 StromNEV), d.h. Optimierung ist zulässig

Luther, 18.03.2015



Abnahmestelle und Stromzähler



- Begriff der Abnahmestelle wird speziell für die Besondere Ausgleich definiert.
- Zu den Voraussetzung zählt u.a.: "Sie muss über eigene Stromzähler an allen Entnahmepunkten und Eigenversorgungsanlagen verfügen"
- Auslegung BAFA: Geeichte Stromzähler erforderlich
 - Ab Nachweisjahr 2015, d.h. Antrag für 2016
 - Ergänztes Hinweispapier vom 19. Dezember 2014 gewährt Übergangsfrist für Einbau bis zum 31. März 2015
 - Ausnahmen nach allgemeinem Eichrecht (insb. § 35 MessEG) werden akzeptiert:
 Antrag an die nach Landesrecht zuständige Behörde notwendig!

uther, 18.03.2015

Selbständige Unternehmensteile

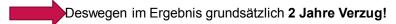
- Bezugspunkt für den Unternehmensbegriff ist grds. die kleinste juristische Einheit (keine Konzern- oder Standortbetrachtung)
- Ausnahme bei Liste 1-Branchen: selbständige Unternehmensteile

Abgrenzung vom übrigen Unternehmen mit wesentlichen Funktionen eines Unternehmens rechtliche Selbständigkeit jederzeit möglich Aufstellung eigener Bilanz und GuV-Rechnung neu: wesentliche Erlöserzielung mit externen Dritten neu: eigene Abnahmestelle

Teilbetrieb mit eigenem Standort oder

Wechsel von Eigenstromprivileg zur Besonderen Ausgleichsregelung nach EEG 2012

- Problem: Bislang kein "nahtloser Wechsel" möglich
- Die Besondere Ausgleichsregelung setzte voraus, dass "die EEG-Umlage anteilig an das Unternehmen weitergereicht wurde" (§ 41 Abs. 1 Nr. 1 lit. c EEG 2012). Dies war nicht erfüllt, solange aufgrund des Eigenstromprivilegs keine EEG-Umlage entrichtet wurde.
- Erst nach Entfall des Eigenstromprivilegs konnte diese Voraussetzung der Besonderen Ausgleichsregelung vorliegen. Beachtung war erst im Antrag zur Begrenzung der Umlage für das Folgejahr möglich.



15

Wechsel von Eigenstromprivileg zur Besonderen Ausgleichsregelung nach EEG 2014

- Lösung EEG 2014: Umlage muss nur für Bezug von 1 GWh weiterge-reicht worden sein, der nicht vollständig von Umlage befreit war.
- Neues Problem 2015/2016: Einfluss des Eigenstromprivilegs auf Stromkostenintensität bleibt in Übergangsjahren 2015/2016. Denn Kostenreduzierung durch Eigenstromprivileg kann Stromkostenintensität unter jeweilige Schwelle absenken.
- Lösung ab 2017: Es wird nicht mehr auf tatsächliche Kosten des Unternehmens, sondern auf allg. Durchschnittswerte bei der Berechnung der Stromkostenintensität abgestellt. Damit keine Auswirkung des Eigenstromprivilegs auf Voraussetzungen der Besonderen Ausgleichsregelung.

Nahtloser Wechsel wird möglich und erleichtert!

Ihr Ansprechpartner



Dr. Angelo Vallone
Rechtsanwalt, Counsel
Graf-Adolf-Platz 15
40213 Düsseldorf
Telefon +49 211 5660 25005
angelo.vallone@luther-lawfirm.com

1

Luther. Auf den Punkt: Luther.



Die Begrenzung der EEG-Umlage: Erfahrungen mit dem ersten Antragsverfahren nach EEG 2014 und Lehren für die Zukunft

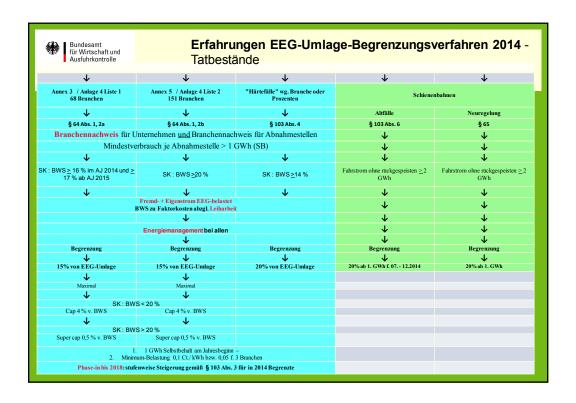
Vortrag bei Luther am 19.03.2015 in Stuttgart

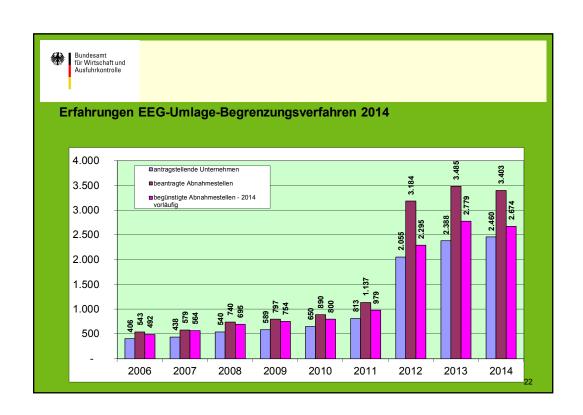
http://www.bafa.de/

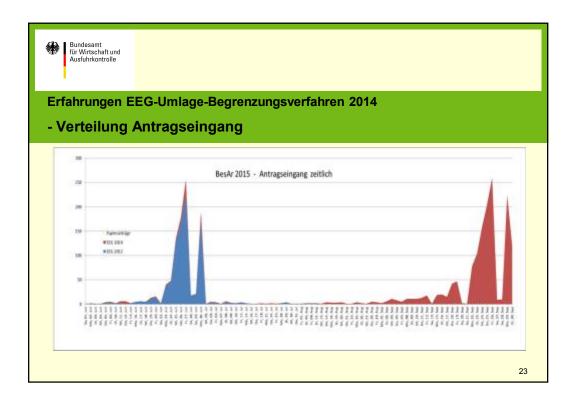


Erfahrungen EEG-Umlage-Begrenzungsverfahren 2014 - Überblick

- 1. Ausgangslage
- 2. Mit wem haben Sie es auf Behördenseite zu tun?
- 3. Rückforderungsverfahren für die Begrenzungsjahre 2013 und 2014
- 4. Außenprüfungen
- 5. kommendes Antragsverfahren
 - a) Merkblätter / "Formular" / Bescheide
 - b) Prüftiefe
 - c) rechtliche Anmerkungen
- 6. Ausblick auf kommende Änderungen









Einige Problembereiche

- 1. Klassifikation
- 2. Umstrukturierungen
- 3. Wellenfälle
- 4. Widerspruchsverfahren bei positiv beschiedenen Anträgen wegen Cap und Super-Cap



Erfahrungen EEG-Umlage-Begrenzungsverfahren 2014

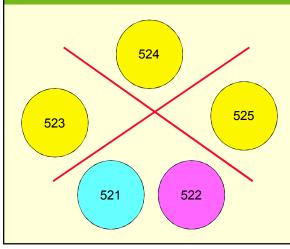
- Überblick
 - 1. Ausgangslage
 - 2. Mit wem haben Sie es auf Behördenseite zu tun?
 - 3. Rückforderungsverfahren für die Begrenzungsjahre 2013 und 2014
 - 4. Aussenprüfungen
 - 5. kommendes Antragsverfahren
 - a) Merkblätter / "Formular" / Bescheide
 - b) Prüftiefe
 - c) rechtliche Anmerkungen
 - 6. Ausblick auf kommende Änderungen

25



Erfahrungen EEG-Umlage-Begrenzungsverfahren 2014

- Behördenseite



521: Ökonomische Grundsatzfragen, EDV, Statistik, Klassifikation, Gebühren

522: Juristische Grundsatzfragen, Antragsverfahren allgemein

523: Antragsverfahren allgemein, selbständige Unternehmensteile, Koordination Widerspruchsverfahren

524: Antragsverfahren allgemein, Außenprüfungen, EU-Rückforderungsverfahren

525: Antragsverfahren allgemein, Härtefällebeobachtung, Illegales



Erfahrungen EEG-Umlage-Begrenzungsverfahren 2014

- Rückforderungsverfahren
- 1. Ausgangslage
- 2. Mit wem haben Sie es auf Behördenseite zu tun?
- 3. Rückforderungsverfahren für die Begrenzungsjahre 2013 und 2014
- 4. Außenprüfungen
- 5. kommendes Antragsverfahren
 - a) Merkblätter / "Formular" / Bescheide
 - b) Prüftiefe
 - c) rechtliche Anmerkungen
- 6. Ausblick auf kommende Änderungen

27



Rückforderungen – Entscheidung der EU-KOM vom 25. November 2014

Inhalt:

- **Art. 1** BesAR stellt eine Beihilfe dar, die mit dem EU-Binnenmarkt vereinbar ist, sofern sie bestimmte Kriterien erfüllt, (ANNEX I).
- Art. 2 BReg. verpflichtet sich die Anpassungen des ANNEX II umzusetzen.
- Art. 3 Voraussetzungen für die Vereinbarkeit der BesAR mit dem Binnenmarkt
- Art. 6 und Art. 7 Spezielle Anordnungen zur Rückforderung
- Art. 8 Verpflichtung der BReg zur Information der KOM über Umsetzungsfortschritte mit Angabe der vorzulegenden Belege.



Rückforderungen – Entscheidung der EU-KOM vom 25. November 2014

Art. 3 – Voraussetzungen für die Vereinbarkeit der BesAR mit dem Binnenmarkt:

- a. Unternehmen der Sektorlisten des ANNEX 3 der UEBLL
- b. mindestens 15 % der EEG-Umlage wurden gezahlt
- c. anderenfalls (bei weniger als 15 %): gezahlt wurde Betrag, der aa. mindestens 4% der BWS entspricht
 - oder bb. bei SKI von mindestens 20 % mindestens 0,5 % der BWS
- d. falls ANNEX 3 nicht erfüllt, aber 15 % EEG-Umlage gezahlt, dann muss
 - aa. SKI mindestens 20 % in 2012 betragen haben
 - bb. und Handelsintensität auf EU-Niveau von mindestens 4 %
- e. anderenfalls (bei weniger als 15 %): gezahlt wurde Betrag, der
 - aa. mindestens 4% der BWS entspricht
 - oder bb. bei SKI von mindestens 20 % mindestens 0,5 % der BWS
- f. wenn b) bis e) entfallen oder weniger als 20 % EEG-Umlage gezahlt wurden:
 - aa. für 2013: Deckel bei 125 %

bh. für 2014: Deckel bei 150 %

29



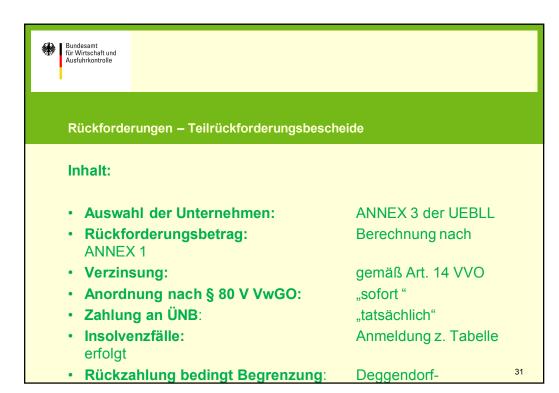
Rückforderungen – Entscheidung der EU-KOM vom 25. November 2014

Art. 6 - Anordnungen zur Umsetzung der Entscheidung

- BReg soll unvereinbare Beihilfen zurückfordern
- · Verzinsung hat vom Tag der Verfügbarkeit der Beihilfe zu erfolgen
- Keine weiteren Begünstigungen auf der Grundlage des EEG 2012

Art. 7 – Vorgaben zur Rückforderung

- Rückforderungen sollen "immediate and effective" sein
- Umsetzung der Rückforderungen innerhalb von 4 Monaten ab Notifizierung
- Sog. "correction mechanism" soll innerhalb eines Jahres umgesetzt sein







Erfahrungen EEG-Umlage-Begrenzungsverfahren 2014-Rückforderungsverfahren EU

Weiteres Verfahren:

- 1. Firmen sind wegen der konkreten Stromverbräuche in dem Begrenzungsjahr 2014 angeschrieben
- 2. Neuberechnung der Zahlungspflicht bis Ende 2015
- 3. Meldung gegenüber EU-Kommission
- 4. Klageverfahren werden weiterbetrieben etwaige Konsequenzen noch nicht geprüft Gleichbehandlungserklärung (erübrigt die Durchführung von Widerspruchsverfahren)

33



Erfahrungen EEG-Umlage-Begrenzungsverfahren 2014 - Überblick

- 1. Ausgangslage
- 2. Mit wem haben Sie es auf Behördenseite zu tun?
- 3. Rückforderungsverfahren für die Begrenzungsjahre 2013 und 2014
- 4. Außenprüfungen
- 5. kommendes Antragsverfahren
 - a) Merkblätter / "Formular" / Bescheide
 - b) Prüftiefe
 - c) rechtliche Anmerkungen
- 6. Ausblick auf kommende Änderungen



Erfahrungen EEG-Umlage-Begrenzungsverfahren 2014 - Außenprüfungen

- 1. Grundlage während des Antragsverfahrens: § 24 VwVfG (Amtsermittlungsverfahren / Inquisitionsmaxime)
- 2. Nach Abschluss des Antragsverfahrens: § 68 Abs. 2 EEG (2014)
- 3. Ziel: Prüfung, ob die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Begrenzung vorlagen
- 4. Vorgehen rechtlich analog Abgabenordnung
- 5. Gegenstand: Festlegung im Einzelfall, Vorgänge werden derzeit gesichtet
- Mögliche Konsequenzen: Rücknahmebescheid (§ 68 Abs. 1 EEG, Muss-Vorschrift), Ermittlungsverfahren nach Anzeige bei der zuständigen Staatsanwaltschaft

35



Erfahrungen EEG-Umlage-Begrenzungsverfahren 2014 - Außenprüfungen





Erfahrungen EEG-Umlage-Begrenzungsverfahren 2014 - Überblick

- 1. Ausgangslage
- 2. Mit wem haben Sie es auf Behördenseite zu tun?
- 3. Rückforderungsverfahren für die Begrenzungsjahre 2013 und 2014
- 4. Außenprüfungen
- 5. kommendes Antragsverfahren
 - a) Merkblätter / "Formular" / Bescheide
 - b) Prüftiefe
 - c) rechtliche Anmerkungen
- 6. Ausblick auf kommende Änderungen

37



Erfahrungen EEG-Umlage-Begrenzungsverfahren 2014 –

kommendes Antragsverfahren

- 1. geht weitgehend nach dem EEG 2014 (Änderung lediglich bei den Schienenbahnen; evtl. kurzfristig Ausweitung der Branchen)
- 2. Merkblätter werden überarbeitet und die Erfahrungen des 2014er Verfahrens integriert
- 3. Portal wird überarbeitet (zusätzliche Abfragen für statistische Zwecke); Öffnung vorgesehen für Mitte April; Möglichkeit der Vergabe von Leserechten in Bearbeitung neben Vollmachtsmöglichkeit
- 4. Ausschließlich elektronisches Antragsverfahren / Elektr. WP-Bescheinigung erforderlich / voraussichtlich umfangreichere Begründung der Begrenzungsbescheide in Bezug auf Cap / Super-Cap Berechnung
- 5. Prüftiefe wird vergrößert
- 6. aktuelle Urteile zur Klassifikation und zum selbständigen Unternehmensteil



Erfahrungen EEG-Umlage-Begrenzungsverfahren 2014 - Ausblick auf kommende Änderungen

- 1. Ausgangslage
- 2. Mit wem haben Sie es auf Behördenseite zu tun?
- 3. Rückforderungsverfahren für die Begrenzungsjahre 2013 und 2014
- 4. Außenprüfungen
- 5. kommendes Antragsverfahren
 - a) Merkblätter / "Formular" / Bescheide
 - b) Prüftiefe
 - c) rechtliche Anmerkungen
- 6. Ausblick auf kommende Themen

39



Erfahrungen EEG-Umlage-Begrenzungsverfahren 2014- künftige Stromintensitätsberechnung

a. maßgebliche Stromkosten

einschl. für den Selbstverbrauch eigenerzeugte Strommengen

Berechnung:

Arithmetisches Mittel des Stromverbrauchs des Unternehmens in den letzten 3 Jahren bzw. standardisierter Stromverbrauch



durchschnittlicher Strompreis von Unternehmen mit ähnlichen Stromverbräuchen

Übergangsreglung in § 103 Abs. 1 Nr. 4 und Abs. 2 Nr. 2 für Antragsjahre 2014 und 2015



Erfahrungen EEG-Umlage-Begrenzungsverfahren 2014

- Ausblick auf kommende Themen

b) Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten

- Legaldefinition in § 64 Abs. 6 Nr. 2
- Grundlage: Definition des StaBuA, Fachserie 4, Reihe 4.3, Wiesbaden 2007
- Neu: Berücksichtigung von indirekten Steuern und Subventionen abzüglich Kosten für Leiharbeiter
- Problem: verdeckte Leiharbeit durch Werkverträge
- Arithmetisches Mittel der letzten drei Geschäftsjahre zugrunde zu legen Sukzessiver Aufbau des 3-Jahres-Rhytmus
 - Übergangsregelung nach § 103 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2 Nr. 1 für Antragsjahre 2014 und 2015



Erfahrungen EEG-Umlage-Begrenzungsverfahren 2014

- Ausblick auf kommende Themen
- c) Abnahmestelle: § 64 Abs. 6 Nr. 1
- Neu: Hinweis auf das Erfordernis eigener Stromzähler an allen Entnahmepunkten und Eigenversorgungsanlagen
- gültig auch für alle Entnahmepunkte von nachgelagerten Stromverbrauchern, d.h. bei Weiterleitung von Strom
- Eicherfordernis gesetzl. Grundlage: Gesetz zur Neuregelung des gesetzl. Messwesens. Abnahmestelle eines Unternehmens i.d.R. mit geeichtem Stromzähler ausgestattet. Problem bei Weiterleitung von Strom und beim sUT
- Ausnahmeregelung des § 35 Mess- und Eichgesetzes



Erfahrungen EEG-Umlage-Begrenzungsverfahren 2014

- Ausblick auf kommende Änderungen
- d) selbstständiger Unternehmensteil § 64 Abs. 5
 - ➤ Verschärfung in § 64 Abs. 5 für selbstständige Unternehmensteile:
 - Zugehörigkeit des Unternehmens zur Liste 1 zwingend
 - ➤ Erfordernis der eigenen Abnahmestelle mit geeichtem Zähler bei strenger Anwendung des Abnahmestellenbegriffs Teilbetrieb eines Unternehmens ohne eigenen Standort in einer Vielzahl von Fällen abzulehnen
 - > wesentlich mit externen Dritten erzielte Erlöse
 - > Vorhandensein der wesentlichen Funktionen eines Unternehmens
 - ➤ Möglichkeit der Führung als rechtlich selbständiges Unternehmen
 - eigene Bilanz bzw. GuV

43



Erfahrungen EEG-Umlage-Begrenzungsverfahren 2014

- Ausblick auf kommende Änderungen sUT
 - Lieferungs- und Leistungsbeziehungen mit externen Dritten nicht andere Unternehmensteile des gleichen Rechtsträgers
 - > Entscheidung des BVerwG zum sUt steht noch aus
 - Mit Sorge beobachtet das BAFA, ob vermehrt zur Umgehung der gesetzlichen Anforderungen Gesellschaften gebildet werden (insbesondere "Produktionsgesellschaften" und "Phantom-KGs").
 - ➤ BAFA wird solche Konstellationen (evtl. mit Erklärungspflicht im Antragsformular) unter den Gesichtspunkten des § 4 Abs. 2 Subventionsgesetz und § 264 StGB prüfen!



Erfahrungen EEG-Umlage-Begrenzungsverfahren 2014

- Ausblick auf kommende Änderungen – Eigenstrom

- ➤ Ab Antragstellung 2016 unproblematisch, da Strommenge x durchschnittlicher Strompreis
- > Antragsfälle 2015 schon zu erwarten
- Voraussichtlich zu erwarten plausible, verursachungsgerechte Verteilung der Kosten für die Stromerzeugung für EEG-belastete Strommengen
- > WPs besonders gefragt
- ➤ Näheres im BAFA-Merkblatt (voraussichtlich noch im März)

45



Antragsrunde 2014 – Ein Resümee aus Sicht der Behörde

wichtigste Neuerungen - § 67 EEG 2014: Umwandlung von Unternehmen

- 2. Umwandlung von Unternehmen: § 67 EEG 2014
 - Definition in § 5 Nr. 32: Umwandlung nach <u>Umwandlungsgesetz</u> oder durch Übertragung <u>sämtlicher</u> Wirtschaftsgüter eines Unternehmens oder sUt im Wege der Singularsukzession
 - ➤ Möglichkeiten der Umwandlung nach dem Umwandlungsgesetz:
 - · Verschmelzung zu Aufnahme / Neugründung
 - Auf-/ Abspaltung
 - Ausgliederung
 - Formwechsel
 - · Vermögensübertragung



Erfahrungen EEG-Umlage-Begrenzungsverfahren 2014

- Ausblick auf kommende Änderungen Umwandlungen
- ➤ Umwandlung mit einer Veränderung < 10 %
- bei Antragstellung Rückgriff auf Daten des ursprünglichen Unternehmens bzw. sUts weiterhin möglich § 67 Abs. 1
- Möglichkeit der Übertragung des Begrenzungsbescheides § 67 Abs.3
- ➤ Umwandlung mit einer Veränderung ≥ 10 %
- bei Antragstellung hinsichtlich der Nachweisführung wie Neugründungen zu behandeln, d.h. Bildung eines gewillkürten Rumpfgeschäftsjahres
- · Widerrufsvorbehalt des Begrenzungsbescheides
- Nachträgliche Überprüfung der Begrenzungsentscheidung auf Basis des abgeschlossenen Geschäftsjahres
- Übertragungsbescheid nur im Falle des nahezu vollständigen Erhalts des zuvor begrenzten Unternehmens

47



Erfahrungen EEG-Umlage-Begrenzungsverfahren 2014

- Ausblick auf kommende Änderungen - Umwandlungen

auf Gültigkeit der Zertifizierung für das nunmehr "neue" Unternehmen achten

- Vorgehensweise
 - Vorlage aller die Umstrukturierung betreffender Unterlagen seitens des Unternehmens
 - Prüfung der Voraussetzungen der §§ 67 Abs. 1 bzw. 67 Abs. 3 im Wege einer Gesamtbetrachtung



Beantragung der Besonderen Ausgleichsregelung für 2016

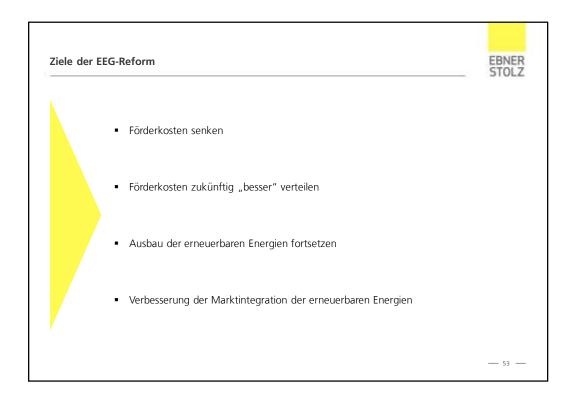
Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

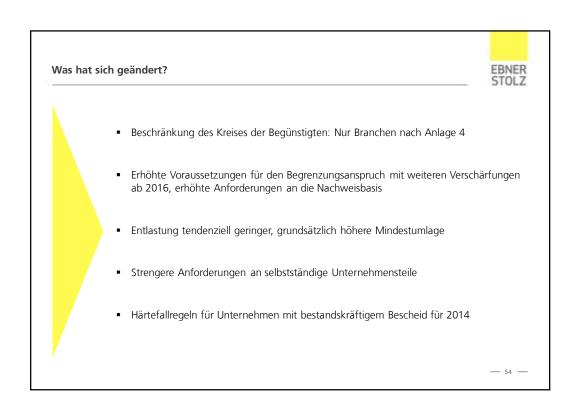


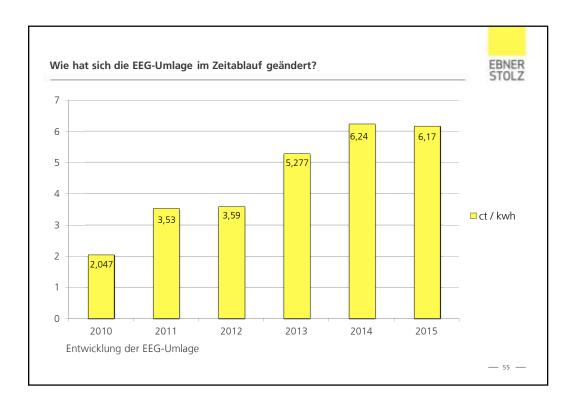
- > Stefan Krakowka
- Leitender Regierungsdirektor, Unterabteilung 52 Besondere Ausgleichsregelung
- > Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA)
- > Tel: +49 (0)6196 908 2774
- > Fax +49 (0)6196 908 11 2774
- > E-Mail: stefan.krakowka@bafa.bund.de

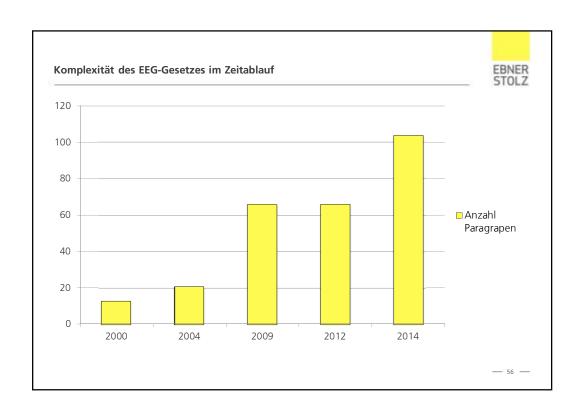




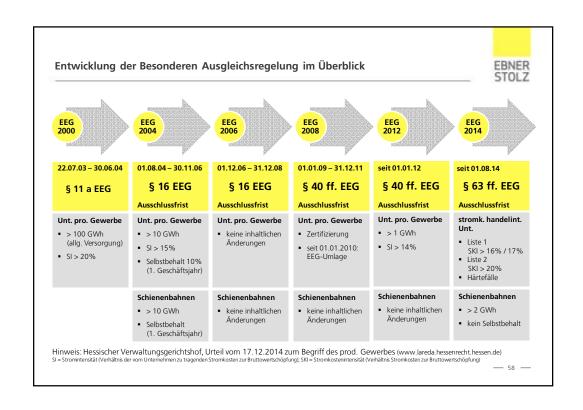


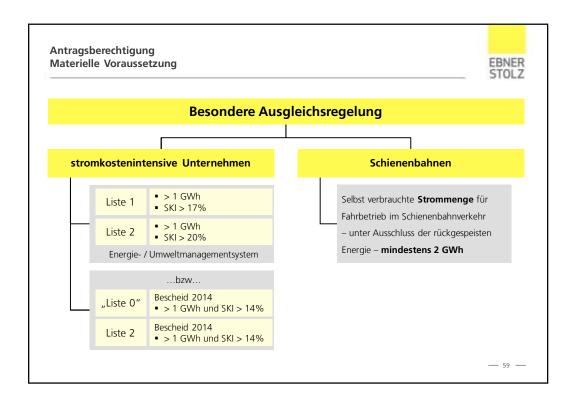


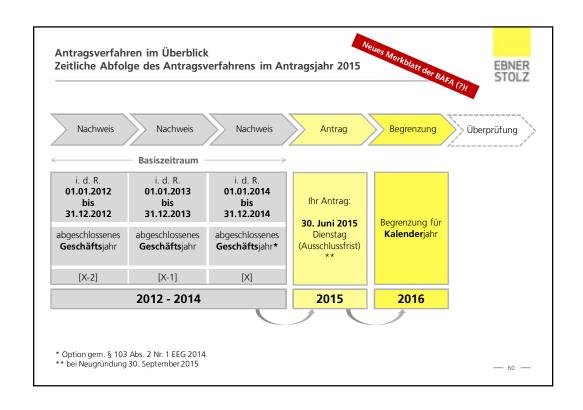


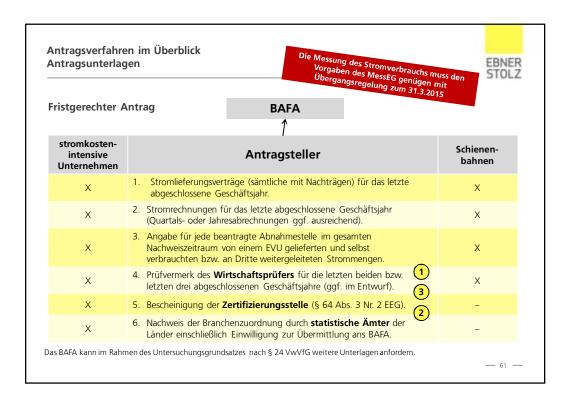


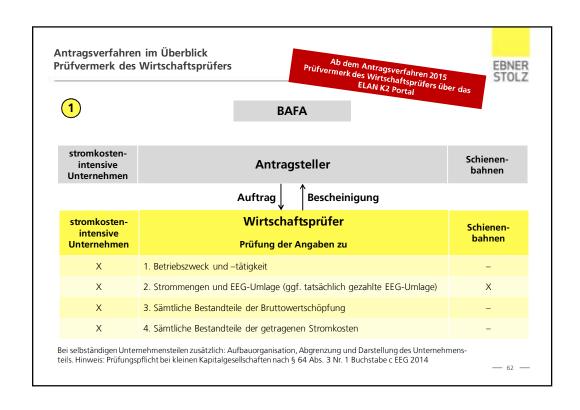


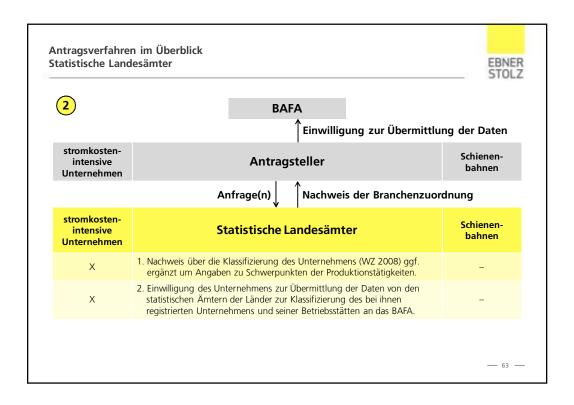


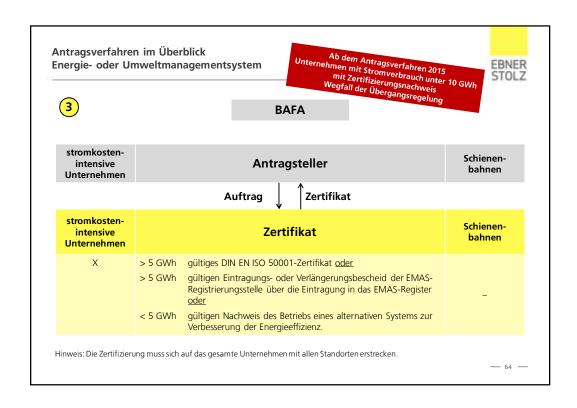


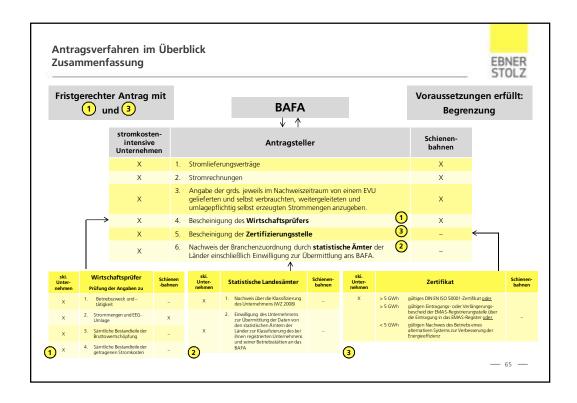












Hinweise zur Antragstellung zur Besonderen Ausgleichsregelung mit ELAN-K2 (1)



- Das BAFA hat ein Portal für online nutzbare Fachanwendungen zur Verfügung gestellt, das auf dem Konzept der Benutzer-Selbstverwaltung beruht.
 - → Über das Online-Portal kann der Antragsteller mit einem personalisierten Login papierlos Anträge einschließlich der erforderlichen Antragsunterlagen stellen und einreichen.
 - → Die **Ausnahme** bildete bisher die Bescheinigung des Wirtschaftsprüfers (postalische Einreichung erforderlich). Weiterhin müssen Widersprüche in Papierform eingereicht werden. (Hinweis: Ab 2015 voraussichtlich ausschließlich über elektronische Signatur?)
 - → Da die Anträge einschließlich der vollständigen Unterlagen und Nachweise bis zum 30. Juni des Antragsjahres eingereicht werden müssen, ist eine Einsichtnahme oder weitere Bearbeitung der Anträge bis zur Ausschlussfrist möglich. Nach Ablauf der Ausschlussfrist wird der Vorgang gesperrt und kann nur noch eingeschränkt bearbeitet werden.
 - → Nach Einreichung des Antrags ist die "Erklärung zum Antrag" zu generieren und unterschrieben, zusammen mit dem Original der Bescheinigung des Wirtschaftsprüfers, per Post an das BAFA zu übersenden.

https://elan1.bafa.bund.de/bafa-portal/content/login.xhtml;jsessionid=CB3487A186365070688FB5A4D91E43B2

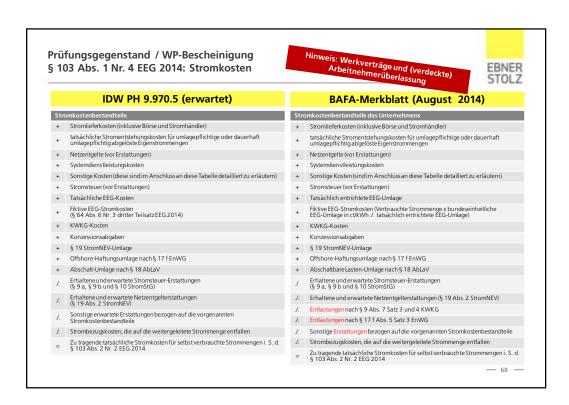
— 66 —

Hinweise zur Antragstellung zur Besonderen Ausgleichsregelung mit ELAN-K2 (2)



- Um einen Zugang zu erhalten, ist eine Registrierung auf der entsprechenden Fachseite der BAFA-Homepage sowie die Freigabe durch das BAFA erforderlich.
 - → Wurde im letzten Jahr bereits ein Antrag zur Besonderen Ausgleichsregelung gestellt oder eine Registrierung durchgeführt, ist eine erneute Registrierung nicht erforderlich.
 - → Durch die Selbstregistrierung als Mandant wird den Unternehmen die Möglichkeit gegeben, Benutzer eigenständig anzulegen und Mandantendaten einzupflegen. Die Zugangsverwaltung liegt also in der Verantwortung des Mandanten.
 - → Die Person, welche die Registrierung des Mandanten durchführt, erhält eine herausragende Stellung als Mandant-Administrator und sollte eine für die Antragstellung auf Begrenzung der EEG-Umlage bevollmächtigte Person sein.
- Das ELAN-K2-System wurde auf Mozilla Firefox entwickelt. Bei Verwendung eines anderen Browsers kann es möglicherweise zur Darstellungsfehlern kommen.

— 67 —



Selbstständige Unternehmensteile gem. § 64 Abs. 1 bis 4 EEG 2014



- Grundvoraussetzung: Branchenzugehörigkeit des Unternehmens zur Liste 1 der Anlage 4
- Für selbständige Unternehmensteile setzt das BAFA stringente Maßstäbe, um eine Vergleichbarkeit mit einem idealtypischen Unternehmen mit Perspektive zur Fortführung zu gewährleisten

Teilbetrieb mit eigenem Standort oder Abgrenzung vom übrigen Unternehmen

mit wesentlichen Funktionen eines Unternehmens rechtliche Selbstständigkeit jederzeit möglich Aufstellung eigener Bilanz und GuV-Rechnung wesentliche Erlöserzielung mit externen Dritten eigene Abnahmestelle

— 69 —

Selbstständige Unternehmensteile (sUT) Hessischer Verwaltungsgerichtshof 9. Januar 2014



6 A 71/13 (Thyssen Krupp Steel Europe AG) & 6 A 1999/13 (RPC Bramlage)

- "Selbstständiger Unternehmensteil" ist ein (sehr) unbestimmter Rechtsbegriff
 - Auslegungsbedürftig: Kein Vertrauensschutz, da unbestimmter Begriff
 - Auslegungsfähig (Abweichung von der Vorinstanz)
- Entscheidend: Gesamtbetrachtung
- Einzelaspekte
 - Örtliche Lage, Einbeziehung in das Gesamtunternehmen
 - Tatsächliche und rechtliche Ausgestaltung
 - Betriebswirtschaftliche Aspekte
- Gegen beide Entscheidungen wurde Revision eingelegt
 - 6 A 1999/13 → BVerwG: Az. 8 C 7.14
 - 6 A 71/13 → BVerwG: Az. 8 C 8.14

— 70 —

Tatbestandsmerkmale des § 64 Abs. 4 und 67 EEG 2014

Neugründung und Umstrukturierung / Umwandlung



Neugründung

- > Anschaffung von im Wesentlichen neuem Betriebsvermögen
 - ► Erwerb von Vermögensgegenständen des UV AV über das Grund- und Stammkapital hinaus
- > Erstmalige Aufnahme der Tätigkeit
- ➤ Zeitpunkt der Neugründung ab erstmaligen Verbrauch von Strom zu Produktionszwecken
- > nicht: Einzel- und Gesamtrechtsnachfolge, Insolvenzübernahme

Umstrukturierung / Umwandlung (§ 67 EEG 2014 und § 5 Nr. 32 EEG 2014)

- > Umwandlungen nach dem UmwG
- > Übertragungen sämtlicher Wirtschaftsgüter durch Singularsukzession
- > Umstrukturierung durch Anwachsung
- > nicht: Zu- oder Verkäufe von einzelnen Betriebsmitteln, Stilllegungen oder Schwankungen im Betriebsvermögen

 $\label{thm:basic} \mbox{Hinweis: das BAFA m\"{o}glichst fr\"{u}h \ einbeziehen \ das \ vermeidet \ R\"{u}ckfragen \ und \ Kosten \ !}$

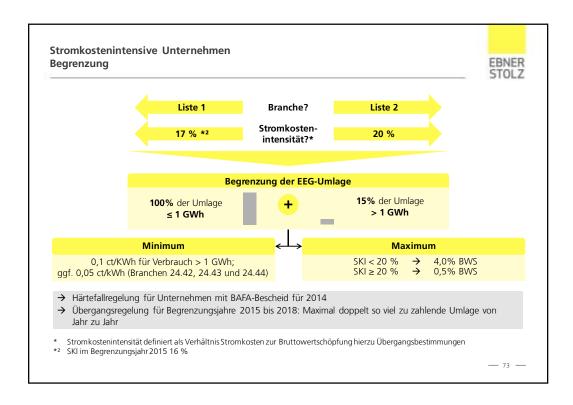
— 71 —

Erfahrungsaustausch und Besonderheiten betreffend die Prüfung





— 72 —



EBNER Hinweise zur Bruttowertschöpfung STOLZ Problembereich: Bruttowertschöpfung Umfasst die im Nachweiszeitraum erbrachte wirtschaftliche Leistung des Unternehmens. Ändert sich die Bruttowertschöpfung für ein weiter zurückliegendes Geschäftsjahr aufgrund von Änderungen der zugrundeliegenden Bilanz oder Gewinn- und Verlustrechnungen, müssen (können aber) nicht nachträglich geändert werden. Diskussionswürdig ist neben dem Bereich "Sonstige Kosten" insbesondere der Bereich "Subventionen" Sonstige Kosten sind Dienstleistungen, die an Dritte gezahlt sind und Vorleistungscharakter haben, sie dürfen nicht außerordentlich, betriebsfremd oder periodenfremd sein und aus der laufenden Produktion resultieren, daher i.d.R. nicht Einzel- und Pauschalwertberichtigungen, betriebsfremde Wertberichtigungen auf Vorräte oder Bildung von betriebsfremden Subventionen enthalten auch Zinszuschüsse, Frachthilfen, Lohnkostenzuschüsse nach § 97 AFG, Eingliederungszuschüsse, Förderungen nach dem ATZG, Strompreiskompensation; enthalten aber insbesondere nicht Investitionszuschüsse und -zulagen und Stromsteuerrückerstattungen. Hinweis: ggf. lohnt eine detaillierte Aufgliederung der Sonstigen Kosten, da "Übrige" idR zu Nachfragen führen. — 74 —

Hinweise zur Bruttowertschöpfung



Problembereich: Bilanzierungshinweise zur Bruttowertschöpfung

- > Anpassung der Vorgehensweise in der Buchhaltung?
 - > Verbuchung von Zuschüssen
 - > Erfassung von Verbindlichkeiten und Rückstellungen
 - > Gewerbesteuerumlagevertrag bei bestehenden Ergebnisabführungsverträgen?

Problembereich: Überleitungsrechnung zur Bruttowertschöpfung

- Klärungsbedarf bzgl. der Ermittlung der Bruttowertschöpfung zu den Daten aus dem Jahresabschluss.
- BAFA veröffentlichte 2014 eine Überleitungsrechnung der Gewinn- und Verlustrechnung zur Bruttowertschöpfung und hat empfohlen diese in die Anlagen zum Prüfungsbericht des Wirtschaftsprüfers aufzunehmen.
 - > ab dem Antragsjahr 2015 verpflichtend?

— 75 —

Hinweise zur Bruttowertschöpfung



Problembereich: Umstrukturierung / Umwandlung

- ➤ GGf. bereits in der Planungsphase das BAFA einbeziehen. Im Zeitplan auch etwaige verbindliche Auskünfte beim Finanzamt und die Prüfung von Abschlüssen berücksichtigen.
- Veränderungen (Gesamtschau) von kleiner 10 % bezogen auf das antragsstellende Unternehmen führen i.d.R. dazu, dass die eigenen Daten vor der Umwandlung weiter verwendet werden können. Bezogen auf das übergehende Unternehmen kann bei der Neuantragstellung ggf. auf die Daten des bisher antragstellenden Unternehmens zurückgegriffen werden.
- Veränderungen von größer 10 % bedeuten i.d.R., dass die Unternehmen bei der Antragstellung wie Neugründungen behandelt werden. Das Unternehmen kann dann ein gewillkürtes Rumpfgeschäftsjahr bilden. Das BAFA wird aber i.d.R. eine gültige Zertifizierung für das gesamte neue Unternehmen fordern.
- Bei Umstrukturierungen mit selbständigen Unternehmensteilen muss immer zusätzlich beachtet werden, ob das "neue" Unternehmen auch der Liste 1 der Anlage 4 des EEG 2014 angehört.
- Verträge und Gesellschafts- und Handelsregisterauszüge sind i.d.R. vorzulegen.

— 76 —



Problembereich: Eigenerzeugungsanlagen und Fremdbezug

- Nach derzeitigem Diskussionsstand soll die Quote Fremdbezug zu Eigenerzeugung auch auf die weitergeleiteten Strommengen angewendet werden.
- Die Messung des Stromverbrauchs muss den Vorgaben, die sich aus den Bestimmungen des Mess- und Eichgesetzes (MessEG) ergeben, in vollem Umfang genügen. Hier gilt bei der Antragstellung für die Besondere Ausgleichsregelung eine Übergangsfrist bis zum 31. März 2015.
- Bei Eigenerzeugung können nur Strommengen berücksichtigt werden, für die eine nach § 61 EEG 2014 EEG-Umlagepflicht besteht.
- > Strommengen die an Dritte weitergeleitet wurden sind i.d.R. separat darzustellen.
- Die Stromkosten bei Eigenerzeugung sind i.d.R. gem. § 255 Abs. 2 HGB zu ermitteln, wobei notwendige Gemeinkosten nur über eine verursachungsgerechte Zuordnung angesetzt werden sollen.
- Insbesondere kein Ansatz von Vertriebskosten, Aufwendungen für Fremdkapitalzinsen, kalkulatorische Kosten.

— 77 —

Hinweise zum Stromverbrauch und zu Stromkosten



Problembereich: Stromkosten aus Fremdbezug

- Stromkosten sind nur ansetzbar, wenn sie auf den EEG-umlagepflichtigen Stromverbrauch des Unternehmens im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr entfallen.
- Stromkostenbeihilfen im Rahmen des Emissionshandels sind bei der Stromkostenermittlung nicht zu berücksichtigen (anders als bei der Berechnung des Verhältnisses der Stromkosten zur Bruttowertschöpfung).
- Stromsteuererstattungen sollen in den Stromkosten nur dann ansetzbar sein, wenn sie beantragt und der Antrag genehmigt wurde.
- Netzentgelterstattungen sind bereits anzusetzen, wenn sie ihrer Höhe nach feststehen.

— 78 —

Hinweise zur Ermittlung der Bruttowertschöpfung



Ermittlung der Bruttowertschöpfung

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Ermittlung der Bruttowertschöpfung der X GmbH nach der Definition des Statistischen Bundesamtes, Fachserie 4, Reihe 4.3, Wiesbaden 2007,

für das letzte abgeschlossenen Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013:

ohne Abzug Personalkosten	Leiharbeiter
---------------------------	--------------

		LOIT
	Umsatz aus eigenen Erzeugnissen (ohne Umsatzsteuer)	108.905.000,38
۲	Umsatz aus Handelsware (ohne Umsatzsteuer)	0,00
۲	Umsatz aus Handelsvermittlung	0,00
۲	Umsatz aus sonstigen nichtindustriellen/nichthandwerklichen	
	Tätigkeiten (ohne Umsatzsteuer)	1.746.868,32
	Bestände an unfertigen und fertigen Erzeugnissen	
	Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	-14.060.249,50
۲	Bestand am Ende des Geschäftsjahres	14.467.374,74
۲	Selbsterstellte Anlagen	0,00
=	Bruttoproduktionswert (ohne Umsatzsteuer)	111.058.993,94
	Bestände an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen	
	am Anfang des Geschäftsjahres	-7.026.555,51
۲	am Ende des Geschäftsjahres	5.978.132,52
	Eingänge an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen (ohne USt) Bestand an Handelswaren	-64.072.535,44
	Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	0,00
	Bestand am Ende des Geschäftsjahres	0,00
	Eingänge an Handelsware (ohne Umsatzsteuer)	0.00
	Nettoproduktionswert (ohne Umsatzsteuer)	45.938.035,51
	Kosten für Leiharbeitnehmer	-1.058.301,36
	Sonstige Kosten (ohne Umsatzsteuer)	-21.937.177,53
	Bruttowertschöpfung (ohne Umsatzsteuer)	22.942.556,62

Verhältnis der Stromkosten zur Bruttowertschöpfung

Ermittlung der Bruttowertschöpfung

Die nachfolgende Tabele zeigt die Ermittlung der Bruttowertschöpfung der nach der Definition des Statistischen Bundesamtes, Fachserie 4, Rehe 4.3, Wiesbaden 2007, für das letzte abgeschlossenen Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013:

	mit Abzug Personalkosten Leiharbeiter		
	-	EUR	
	Umsatz aus eigenen Erzeugnissen (ohne Umsatzsteuer)	108.905.000,38	
+	Umsatz aus Handelsware (ohne Umsatzsteuer)	0,00	
+	Umsatz aus Handelsvermittlung	0,00	
+	Umsatz aus sonstigen nichtindustriellen/nichthandwerklichen		
	Tätigkeiten (ohne Umsatzsteuer)	1.746.868,32	
	Bestände an unfertigen und fertigen Erzeugnissen		
-	Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	-14.060.249,50	
	Bestand am Ende des Geschäftsjahres	14.467.374,74	
	Selbsterstellte Anlagen	0,00	
=	Bruttoproduktionswert (ohne Umsatzsteuer)	111.058.993,94	
	Bestände an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen		
	am Anfang des Geschäftsjahres	-7.026.555,51	
	am Ende des Geschäftsjahres	5.978.132,52	
-	Eingänge an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen (ohne USt)	-64.072.535,44	
	Bestand an Handelswaren		
	Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	0,00	
+	Bestand am Ende des Geschäftsjahres	0,00	
-	Eingänge an Handelsware (ohne Umsatzsteuer)	0,00	
=	Nettoproduktionswert (ohne Umsatzsteuer)	45.938.035,51	
-	Kosten für Leiharbeitnehmer	0,00	
-	Sonstige Kosten (ohne Umsatzsteuer)	-21.937.177,53	
=	Bruttowertschöpfung (ohne Umsatzsteuer)	24.000.857,98	

19,48 — 79 —

Wir sind für Sie da – sprechen Sie uns an





Torsten Janßen Wirtschaftsprüfer Steuerberater Partner

Fbner Stolz Portlandweg 1 53227 Bonn

Tel. +49 228 85029-212 Fax +49 228 85029-10

torsten.janssen@ebnerstolz.de

www.ebnerstolz.de



Jörn Weingarten Wirtschaftsprüfer Steuerberater Prokurist Mitglied im IDW Arbeitskreis "Prüfung nach EEG und KWKG"

Ebner Stolz Kronenstraße 30 70174 Stuttgart

Tel. +49 711 2049-1324 Fax +49 711 2049-1334

joern.weingarten@ebnerstolz.de

— 80 —

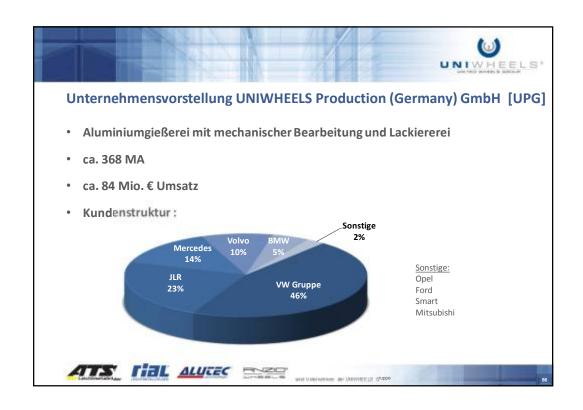


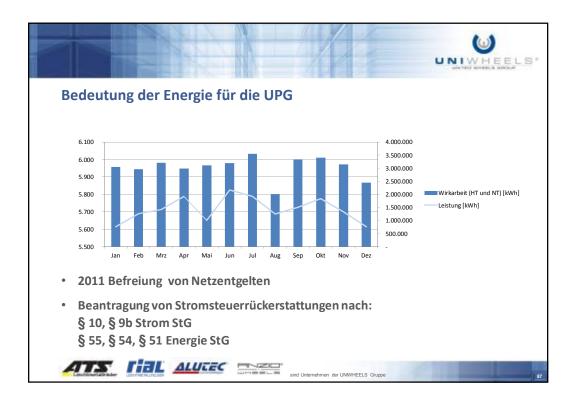










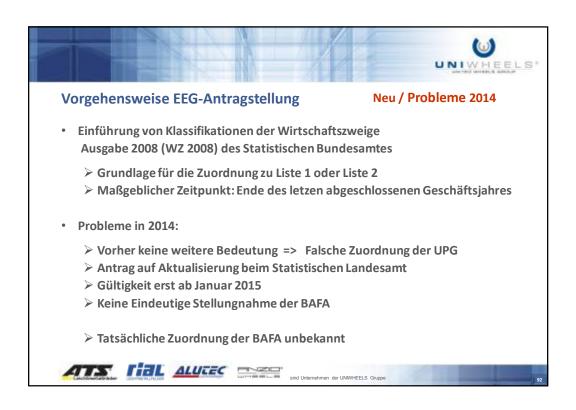






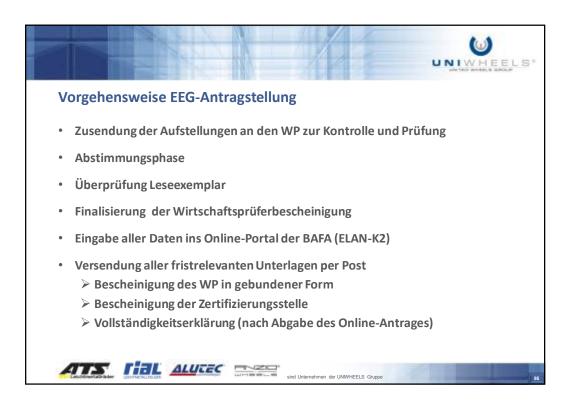




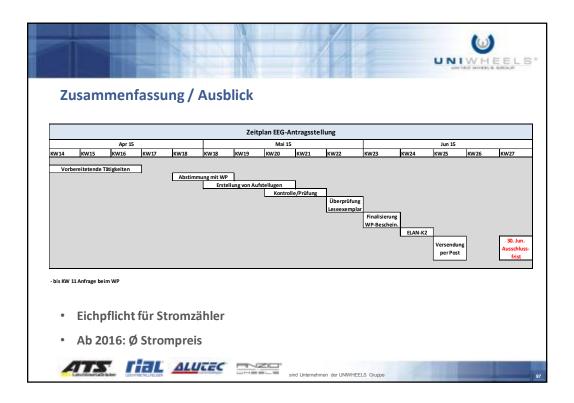
















Inhalt

- Eigenstromprivileg Rückblick und Überblick
- Eigenstromprivileg EEG 2014
 - Bestandsschutz
 - Vollprivileg
 - Teilprivileg
- Umsetzungsmodelle auf dem Prüfstand
- Wechsel zur besonderen Ausgleichsregelung

Luther.

Eigenstromprivileg – Rückblick und Überblick

Luther, 18.03.2015

101

Eigenstromprivileg – Rückblick

1998

- EEG-Umlage nur bei Strommengen, die EVU an Letztverbraucher lieferte
 - StrEG, EEG 2000, EEG 2004 und EEG 2009 erfassten Eigenerzeugung schon tatbestandlich nicht
 - Eigenstromprivileg in Gesetzesmaterialien inhaltlich anerkannt

2004

- Klarstellung durch BGH-Urteil 2009 zum EEG 2004:
 - Eigenversorgung nur bei Personenidentität von Anlagenbetreiber und Letztverbraucher
 - Keine Privilegierung von Lieferungen im Konzern oder innerhalb von Arealnetzen ("juristische Betrachtung")

Eigenstromprivileg – Rückblick

- Einführung der AusglMechV und der AusglMechAV
 - Prognose und Veröffentlichungspflichten der ÜNB
 - Transparenz des Ausgleichs unter den ÜNB

2010

Paradigmenwechsel mit EEG 2012:

- Keine Privilegierung der Eigenerzeugung, wenn Netz der allg.
 Versorgung genutzt wird und Lieferung nicht im "räumlichen Zusammenhang" erfolgt
- Aber: Bestandsschutz für Eigenversorgung vor 01.09.2011

103

Eigenstromprivileg – EEG 2014

- Bestandsschutzregelungen für Altanlagen
- Beschränkung des vollständigen Eigenstromprivilegs auf wenige explizit geregelte Anwendungsfälle
- Im Übrigen Teilprivileg und einheitlich begrenzte EEG-Umlage
- Insgesamt Verschärfung der Anforderungen für die Begrenzung der EEG-Umlage
- Keine Klarstellung zulässiger Durchführungsmodelle

2014

2015

EEG 2014 - AusglMechV 2015

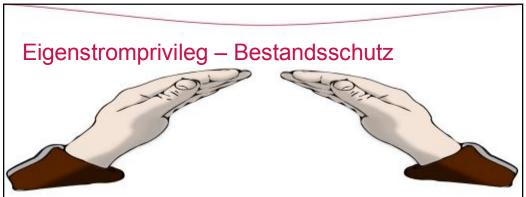
- Inkrafttreten 20. Februar 2015
- Zuständigkeit der ÜNB für die Abwicklung der "Eigenverbrauchsumlage" nur noch in Sonderfällen, ansonsten Anschlussnetzbetreiber zuständig
- Aufrechnung EEG-Umlage mit Förderung durch NB
- Melden müssen auch Erzeuger in (geschlossenen)
 Verteilnetzen, bedeutsam für Teilprivileg!
- Keine Meldepflicht für Bestandsanlagen
- Forderungen 1.8.14 31.5.15 nicht vor 1. Juli 2015 fällig
- Verlängerte Meldefrist für 2014: 28. Februar 2016

106

Luther.

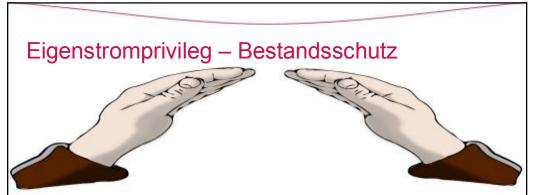
Neuregelung Eigenstromprivileg im EEG 2014

Luther, 18.03.2015

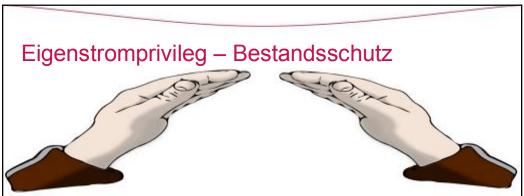


- Bestandsschutz für Eigenversorgung vor 01.09.2011 aus § 61 Abs. 15 EEG 2012 wird grds. fortgeführt (§ 61 Abs. 4, Abs. 3 S. 2 EEG)
 - Anders als bei jüngeren Bestandsanlagen schließt Transport über Netz d. allg.
 Versorgung Eigenstromprivileg nicht aus (§ 61 Abs. 4 Nr. 1 EEG)
 - <u>Neu:</u> Kein Bestandsschutz bei zwischenzeitlichen Veräußerungen, Anlage muss vor Stichtag im Eigentum des Letztverbrauchers gestanden haben und Anlage muss sich auf dem Betriebsgrundstück befinden

107



- Bestandsschutz für Eigenversorgung nach dem 01.09.2011 entsprechend EEG 2012 (§ 61 Abs. 3 EEG)
 - Betrieb der Bestandsanlage als Eigenerzeuger, Selbstverbrauch des Stroms sowie kein Transport über Netz der allg. Versorgung <u>oder</u> Verbrauch in "räumlicher Nähe"
 - Voraussetzung zur Einordnung als Bestandsanlage:
 - Betrieb vor 1. August 2014 oder
 - Anlage vor 23.01.2014 genehmigt und vor 01.01.2015 zur Eigenversorgung genutzt oder
 - leistungserhaltende Erneuerung (30%) am Standort



- Achtung: Weitergehende Forderungen der Kommission
 - Begrenzung des Bestandsschutzes auf 3 Jahre
 - Evaluierung des Bestandsschutzes bis 2017 und Herbeiführung beihilferechtskonformer Lösung
- Position der BReg: Lehnt Belastung Bestandsanlagen ab, will aber bis 2017 die Regelungen des EEG 2014 evaluieren und Vereinbarkeit mit Beihilfenrecht herstellen (§ 98 Abs. 3 EEG)

109

Eigenstromprivileg – Vollprivileg

- Kraftwerkseigenverbrauch (§ 61 Abs. 2 Nr. 1 EEG):
 - Strom, der bei Stromerzeugung in Neben-/Hilfsanlagen verbraucht wird
- Inselkraftwerke (§ 61 Abs. 2 Nr. 2 EEG):
 - Kein Anschluss an Netz der allg. Versorgung oder daran angebundenes Netz
- Nicht geförderte Eigenversorger (§ 61 Abs. 2 Nr. 3 EEG):
 - Vollständige Selbstversorgung mit EE-Strom
 - Keine Inanspruchnahme einer Förderung
- Kleine Eigenversorgungsanlagen (§ 61 Abs. 2 Nr. 4 EEG):
 - Installierte Leistung von höchstens 10 kW
 - Umlagebefreiung für bis einschl. 10 MWh p.a., darüber Umlagepflicht

Eigenstromprivileg – Vollprivileg

- Voraussetzungen der Vollprivilegierungen des § 61 Abs. 2 EEG wegen der Definition der "Eigenversorgung" in § 5 Nr. 12 EEG:
 - Selbstbetrieb der Erzeugungsanlage durch Eigenversorger und
 - Verbrauch des Stroms im räumlichen Zusammenhang mit der Erzeugungsanlage und
 - keine Durchleitung des Stroms durch ein Netz der allg. Versorgung
 - Verschärfung: Kriterien des räumlichen Zusammenhangs und der Nichtdurchleitung durch ein Netz der allgemeinen Versorgung müssen kumulativ vorliegen Einschränkung auf geschlossene Verteilernetze und Kundenanlagen ohne Unterbrechung des räumlichen Zusammenhangs!

11

Eigenstromprivileg – Teilprivilegierung

- Für Eigenstromversorgung durch Neuanlagen i.Ü. nur Teilprivileg:
 - Einheitliche EEG-Umlage von 40 %
 - Stufenweise Einführung (30 % bis 2015, 35 % 2016, 40 % ab 2017)
- Entfall Teilprivileg (§ 61 Abs. 1 S. 2, 3 EEG):
 - Keine EE-/hocheffiziente KWK-Anlage mit Jahresnutzungsgrad > 70%
 - Verfehlen Meldepflicht durch Betreiber an Netzbetreiber
 - Sonstiger Verbrauch von Strom, der nicht von EVU geliefert wird (entspricht § 37 Abs. 3 EEG 2012; z.B. Strombezug direkt aus Ausland)



Volle Belastung mit der EEG-Umlage!

Eigenstromprivileg – Teilprivilegierung

- Zusätzliche Belastungsgrenze über noch zu erlassende VO (VO-Ermächtigung in § 7 Abs. 7 KWKG)
 - Wird für Strom EEG-Umlage entrichtet und ist dies für wirtschaftlichen Anlagenbetrieb nötig, ist z.B. für industrielle KWK-Anlagen Ausgleich über zusätzlichen Zuschlag zur KWK-Förderung möglich
 - Belastung soll nach Gesetzgeber durch Zuschlag auf max. 15 Prozent der EEG-Umlage begrenzt werden

113

Kriterium "Zeitgleichheit"

- Zeitgleichheit = Voraussetzung aller Tatbestände des Eigenstromprivilegs nach dem EEG 2014
- Für Berechnung des selbst erzeugten/verbrauchten Stroms nur aggregierter Eigenverbrauch je 15-Minuten-Intervall zu beachten
- Erzeugung und Verbrauch müssen insoweit zeitgleich erfolgen!
- Nachweis des Kriteriums erfordert bei kleineren Anlagen ggf.
 Nachrüstung registrierender Lastgangmessung
- Nach Gesetzgeber Zeitgleichheit bloße Klarstellung

Tatsächlich <u>Einschränkung des Eigenstromprivilegs</u>, da in § 37 Abs. 3 S. 2 EEG 2012 nicht vorgesehen!

Mitteilungspflichten

- Pflicht von Eigenversorgern zur Meldung gelieferter umlagepflichtiger Energiemengen an ÜNB gem. § 74 EEG (Ausnahmen: Bestandsanlagen, Kleinstanlagen)
- Pflicht der ÜNB zur Einrichtung elektronischer Meldeplattform
- Recht der ÜNB, für die Überprüfung der Pflicht von Eigen-versorgern zur Zahlung der EEG-Umlage Infos einzuholen bei Hauptzollämtern, BAFA, Betreibern nachgelagerter Netze
- Erweiterung der Mitteilungspflichten auch gegenüber VNB durch die AusglMechV 2015 (in Kraft getreten am 20. Februar 2015)

115

Mitteilungspflichten

- Fehlende Meldung (bis 31. Mai des Folgejahres): Volle Umlage!
- Mangelhafte Meldung: Kündigung des Bilanzkreisvertrags des Eigenversorgers!
 - Relevant, wenn Eigenerzeuger z.B. erzeugte Mengen auch vermarktet
 - Eigenversorgung steht sachlich neben Bilanzkreisvertrag Gesetz sanktioniert eine Art "Nebenpflichtverletzung", da Verhältnis zum ÜNB bei fehlerhafter Meldung insgesamt gestört
- Achtung: Nach Änderung der AusglMechV wird nun unterjährige Meldung beim Netzbetreiber erforderlich. Die Frist zur Datenmeldung für die Endabrechnung im Jahr 2014 ist einmalig auf den 28. Februar 2016 verlängert worden.

Luther.

Umsetzungsmodelle auf dem Prüfstand

Luther

117

Risiko Nachforderung

- Gefahr von Nachforderungen
 - BGH grenzte für EEG 2004 und EEG 2009 Ausnahme "Eigenstromprivileg" ein
 - Seit Inkrafttreten EEG 2004 am 1.8.2004 sind danach alle Stromlieferungen an Letztverbraucher (z.B. im Konzern) grds. von EEG-Umlagepflicht erfasst
 - Durch Neuregelung EEG 2014 (v.a. Teilprivileg und Meldepflichten) können
 Umsetzungsmodelle verstärkt auf den Prüfstand geraten, auch für die Vergangenheit
 - Wenn Umsetzung für Eigenversorgung heute unzulässig, so i.d.R. auch früher
- Nicht rechtzeitig gezahlte EEG-Umlage ist ab Fälligkeit mit erhöhtem gesetzlichem Zinssatz i.H.v. 5% zu verzinsen
 - Fiktion Fälligkeit bei fehlender/verspäteter Meldung zum 1. Januar des Folgejahres

Risiko Nachforderung

 Fiktion für Fälligkeit und Verzinsungsbeginn hat keine Auswirkung auf Verjährungsbeginn

Bis Meldung/Rechnungsstellung kein Verjährungslauf!

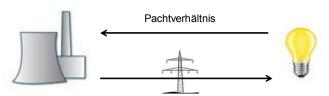
- Regelverjährung: 3 Jahre nach Anspruchsentstehung und Kenntnis oder grob fahrlässiger Unkenntnis von anspruchsbegründenden Umständen (Jahresendverjährung)
- Maximalverjährung: 10 Jahre ab Entstehung, unabhängig von Kenntnis oder grob fahrlässiger Unkenntnis
- Hatte ÜNB keine Kenntnis von gelieferten Mengen (Nicht-, gekürzte Meldung) und keinen Grund für Nachforschungen, beginnt Regelverjährung nicht



119

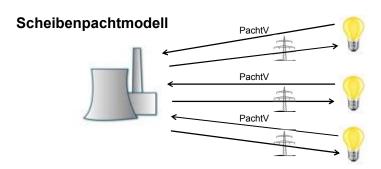
Umsetzungsmodelle auf dem Prüfstand

Pacht- bzw. Pacht- und Betriebsführungsmodell



- Letztverbraucher soll durch Pacht Betreiber der Anlage werden
- Pächter trägt als Anlagenbetreiber wirtschaftliches Risiko
 - Brennstoffpreis-, Anlagenausfall- und Verwendungsrisiko
 - Recht zur Bestimmung der Fahrweise des Kraftwerks
- Betriebsführung: Sachherrschaft und wirtschaftliches Risiko bleibt bei Betreiber

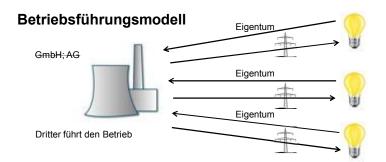
Umsetzungsmodelle auf dem Prüfstand



- Verbraucher = Eigentümer oder Scheibenpächter Identität mit Betreiber
- Verbraucher nehmen Teil des Stroms ab und tragen wirtschaftliches Risiko
- Wichtig: 15-Minuten-Messung zur Zuordnung Verbrauch an Erzeugungsscheiben
- Problem: Öffentlich-rechtlich nur ein Betreiber denkbar, Aufteilungen risikoreich!

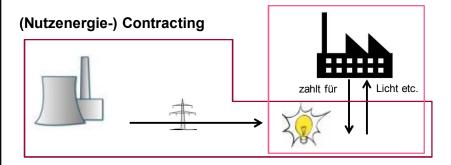
121

Umsetzungsmodelle auf dem Prüfstand



- Verbraucher haben gemeinsames Miteigentum an Erzeugungsanlage
- Führt Dritter Betrieb, muss wirtschaftliches Risiko beim Verbraucher bleiben
- Gefahr: Nicht Verbraucher sind Betreiber, sondern gemeinsame Gesellschaft!

Umsetzungsmodelle auf dem Prüfstand

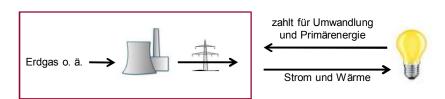


- Lichtcontractor liefert Strom an Stromverbraucher beim Kunden
- Kunde soll nur Dienstleistung/Nutzenergie erwerben, nicht Strom selbst
- Entgelt soll keine EEG-Umlage enthalten, da von Contractor eigenerzeugt
- Problem: Wirtschaftl. Risiko und Sachherrschaft über Anlagen beim Kunden!

123

Umsetzungsmodelle auf dem Prüfstand

Lohnverstromung



- Verbraucher zahlt Umwandlung Primärenergieträger in Strom/Wärme
- Verbraucher bezahlt für Energieträger und nimmt Strom und Wärme ab
- Für Wärme entgeltlicher Werklieferungsvertrag, Strom wird verschenkt
- Problem: Entgelt für Strom i.d.R. bei Wärme eingepreist!
- Problem: Wegen Lieferverhältnis Verbraucher nicht Betreiber/Stromerzeuger!

Luther.

Wechsel vom Eigenstromprivileg zur Besonderen Ausgleichsregelung

Luther

125

Wechsel von Eigenstromprivileg zur Besonderen Ausgleichsregelung nach EEG 2012

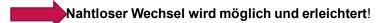
- Problem: Bislang kein "nahtloser Wechsel" möglich
- Die Besondere Ausgleichsregelung setzte voraus, dass "die EEG-Umlage anteilig an das Unternehmen weitergereicht wurde" (§ 41 Abs. 1 Nr. 1 lit. c EEG 2012). Dies war nicht erfüllt, solange aufgrund des Eigenstromprivilegs keine EEG-Umlage entrichtet wurde.
- Erst nach Entfall des Eigenstromprivilegs konnte diese Voraussetzung der Besonderen Ausgleichsregelung vorliegen. Beachtung war erst im Antrag zur Begrenzung der Umlage für das Folgejahr möglich.



Deswegen im Ergebnis grundsätzlich 2 Jahre Verzug!

Wechsel von Eigenstromprivileg zur Besonderen Ausgleichsregelung nach EEG 2014

- Lösung EEG 2014: Umlage muss nur für Bezug von 1 GWh weiterge-reicht worden sein, der nicht vollständig von Umlage befreit war.
- Neues Problem 2015/2016: Einfluss des Eigenstromprivilegs auf Stromkostenintensität bleibt in Übergangsjahren 2015/2016. Denn Kostenreduzierung durch Eigenstromprivileg kann Stromkostenintensität unter jeweilige Schwelle absenken.
- Lösung ab 2017: Es wird nicht mehr auf tatsächliche Kosten des Unternehmens, sondern auf allg. Durchschnittswerte bei der Berechnung der Stromkostenintensität abgestellt. Damit keine Auswirkung des Eigenstromprivilegs auf Voraussetzungen der Besonderen Ausgleichsregelung.







Ihr Ansprechpartner



Dr. Holger Stappert Rechtsanwalt Partner Graf-Adolf-Platz 15 40213 Düsseldorf

Telefon: +49 211 5660 24843

holger.stappert@luther-lawfirm.com

Hinweis: Diese Präsentation stellt keine Rechtsberatung dar. Sie erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und die in ihr enthaltenen Informationen können eine individuelle Rechtsberatung im Einzelfall nicht ersetzen. Sollten Sie Fragen bezüglich der hier angesprochenen oder hinsichtlich anderer rechtlicher Themen haben, so wenden Sie sich bitte an Ihre Ansprechpartner bei der Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH.

Unsere Standorte national

Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH Friedrichstraße 140 10117 Berlin Telefon +49 30 52133 0 Telefax +49 30 52133 110 berlin@luther-lawfirm.com

Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH Radeberger Straße 1 01099 Dresden Telefon +49 351 2096 0 Telefax +49 351 2096 110 dresden@luther-lawfirm.com

Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH Graf-Adolf-Platz 15 40213 Düsseldorf Telefon +49 211 5660 0 dusseldorf@luther-lawfirm.com

Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH Gildehofstraße 1 45127 Essen Telefon +49 201 9220 0 Telefax +49 201 9220 110 essen@luther-lawfirm.com

Frankfurt a. M.

Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH An der Welle 10 60322 Frankfurt a.M. Telefon +49 69 27229 0 Telefax +49 69 27229 110 frankfurt@luther-lawfirm.com

Hamburg Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH Gänsemarkt 45 20354 Hamburg Telefon +49 40 18067 0 hamburg@luther-lawfirm.com

Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH Berliner Allee 26 30175 Hannover Telefon +49 511 5458 0 Telefax +49 511 5458 110 hanover@luther-lawfirm.com

Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH Anna-Schneider-Steig 22 50678 Köln Telefon +49 221 9937 0 Telefax +49 221 9937 110 cologne@luther-lawfirm.com

Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH Grimmaische Straße 25 04109 Leipzig Telefon +49 341 5299 0 leipzig@luther-lawfirm.com

Luther Rechtsan altsnesellschaft mhH Karlstraße 10-12 80333 Münche Telefon +49 89 23714 0 Telefax +49 89 23714 110 munich@luther-lawfirm.com

Stuttgart

Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH Augustenstraße 7 70178 Stuttgart Telefon +49 711 9338 0 Telefax +49 711 9338 110 stuttgart@luther-lawfirm.com

Unsere Standorte international

Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH Avenue Louise 326 1050 Brüssel Telefon +32 2 6277 760 Telefax +32 2 6277 761

brussels@luther-lawfirm.com

Luther

Aerogolf Center, 1B, Heienhaff L-1736 Senningerberg Telefon +352 27484 1 Telefax +352 27484 690 luxembourg@luther-lawfirm.com

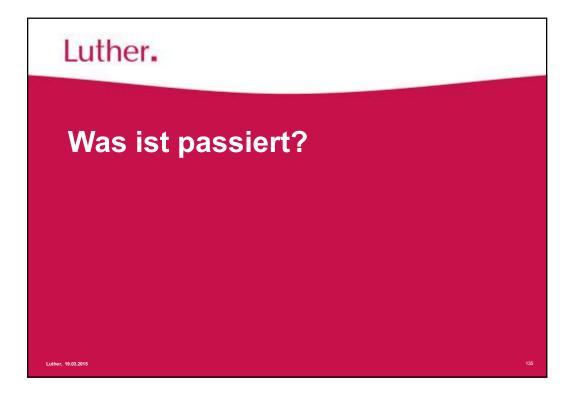
Luther LLP 4 Battery Road #25-01 Bank of China Building Singapur 049908 Telefon +65 6408 8000 Telefax +65 6408 8001 singapore@luther-lawfirm.com

Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH 7 Pilgrim Street London EC4V6LB Telefon +44 207 002 53 35 london@luther-lawfirm.com

Luther Law Offices 2/F AZIA Center 1233 Lujiazui Ring Road Shanghai Pudong New Area Shanghai 200120 Telefon +86 21 5010 6580 Telefax +86 21 5010 6590 shanghai@cn.luther-lawfirm.com







Ablauf des Beihilfeverfahrens

Eröffnungsbeschluss der KOM vom 18. Dezember 2013

Beihilfebeschluss der KOM vom 25. November 2014

- Kernaussage:
 - Besondere Ausgleichsregelung nach EEG 2012 ist unzulässige Beihilfe
- Lehre:
 - zu starke Begrenzung der EEG-Umlage in den Begrenzungsjahren 2013 und 2014 zugunsten einiger Unternehmen
- Konsequenz:
 - Rückforderung
 - Versand der Rückforderungsbescheide des BAFA Ende November 2014

Luther, 19.03.2015

Inhalt der Rückforderungsbescheide

- (Teil-)Rücknahme des jeweiligen Begrenzungsbescheides für die aufgeführten Abnahmestellen
- Festsetzung eines an den Übertragungsnetzbetreiber zu entrichtenden "Rückzahlungsbetrags"
- Festsetzung einer an den Übertragungsnetzbetreiber zu entrichtenden
 Zinszahlung (jeweils ab 1. Januar)
- Vorbehalt einer Änderung der geforderten Beträge anhand der tatsächlichen und noch zu erhebenden Stromverbräuche der Jahre 2013 und 2014
- Festsetzung einer Zahlungsfrist bis zum 12. Dezember 2014 bei Anordnung der sofortigen Vollziehung
- ohne Zahlung keine Begrenzungsentscheidung für 2015

Luther, 19.03.2015

Luther. Wie ist der Stand?

- Zahlung der Rückforderungsbeträge unter Vorbehalt an ÜNB
- Widerspruch gegen Rückforderungsbescheide des BAFA
- Fortsetzung der Nichtigkeitsklagen gegen den Eröffnungsbeschluss vom 18. Dezember 2013 beim Europäischen Gericht
- Deutschland klagt (auch) gegen Beihilfebeschluss vom 25.
 November 2014 (Rs. T-47/15)

19.03.2015



- Begründung des Widerspruchs und/oder
- Widerspruchsverfahren zum Ruhen bringen
- Entscheidung der europäischen Gerichte abwarten
- Fazit:
 - Es ist noch nicht zu Ende.
 - Nicht glauben, sondern fragen und zwar die KOM.

Luther, 19.03.2015



Ihr Ansprechpartner



Dr. Gernot-Rüdiger Engel Rechtsanwalt, Partner

Gänsemarkt 45 20354 Hamburg

Telefon +49 40 18067 16639 gernot.engel@luther-lawfirm.com

Luther, 19.03.201

143

Unsere Standorte national

Berlin

Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH Friedrichstraße 140 10117 Berlin Telefon +49 30 52133 0 Telefax +49 30 52133 110 berlin@luther-lawfirm.com

Dresder

Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH Radeberger Straße 1 01099 Dresden Telefon +49 351 2096 0 Telefax +49 351 2096 110 dresden@luther-lawfirm.com

Düsseldorf

Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH Graf-Adolf-Platz 15 40213 Düsseldorf Telefon +49 211 5660 0 Telefax +49 211 5660 110 dusseldorf@juther-lawfirm.com

Essen

Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH Gildehofstraße 1 45127 Essen Telefon +49 201 9220 0 Telefax +49 201 9220 110 essen@luther-lawfirm.com

Frankfurt a. M.

Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH An der Welle 10 60322 Frankfurt a.M. Telefon +49 69 27229 0 Telefax +49 69 27229 110 frankfurt@luther-lawfirm.com

Hamburg

Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH Gänsemarkt 45 20354 Hamburg Telefon +49 40 18067 0 Telefax +49 40 18067 110 hamburg@luther-lawfirm.com

Hannover

Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH Berliner Allee 26 30175 Hannover Telefon +49 511 5458 0 Telefax +49 511 5458 110 hanover@luther-lawfirm.com

Köln

Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH Anna-Schneider-Steig 22 50678 Köln Telefon +49 221 9937 0 Telefax +49 221 9937 110 cologne@luther-lawfirm.com

Leipzig

Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH Grimmaische Straße 25 04109 Leipzig Telefon +49 341 5299 0 Telefax +49 341 5299 110 leipzig@luther-lawfirm.com

München

Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH Karlstraße 10-12 80333 München Telefon +49 89 23714 0 Telefax +49 89 23714 110 munich@luther-lawfirm.com

Stuttgart

Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH Augustenstraße 7 70178 Stuttgart Telefon +49 711 9338 0 Telefax +49 711 9338 110 stuttgart@luther-lawfirm.com

Luther, 19.03.2015



